



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

ersch. wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verjammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Zum Streit im Schriftgießereigewerbe.

Unter dem 21. Juli hat das Reichsarbeitsministerium den Antrag der Unternehmer auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 23. Juni abgelehnt. Der Entsch. des Reichsarbeitsministers hat nachstehenden Wortlaut:

Der Reichsarbeitsminister.

III C. 3793.

Berlin, den 21. Juli 1925.

Betrifft: Schiedspruch vom 23. Juni im Lohnstreit bei den deutschen Schriftgießereien.

In dem Lohnstreit zwischen dem Verein Deutscher Schriftgießereien E. B. in Leipzig und der Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands wird die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 23. Juni 1925, der unter dem Vorbehalt eines vom Reichsarbeitsminister für diesen Streitfall bestellten Schlichters gefällt worden ist, gemäß Artikel 1 § 6 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 abgelehnt, weil nach Lage der gesamten Verhältnisse die gefälligen Voraussetzungen für einen staatlichen Zwangseingriff in die Vertragsfreiheit der Parteien nicht gegeben sind.

Im Auftrage: gez. Dr. Sigler.

Damit sind die Schriftgießereibesitzer wieder um eine Hoffnung ärmer geworden.

Der Streit unserer Kollegen und Kolleginnen im Schriftgießereigewerbe steht gut. Wohl haben die Unternehmer hier und da versucht, Arbeitswillige zu bekommen, aber kein Glück damit gehabt. Einige einsichtige Unternehmer sind mit der Taktik ihrer Führung gar nicht einverstanden, sie wünschen dringend eine Verständigung mit ihren Personalen. Das ist verständlich, da sie befürchten müssen, ihr gut eingearbeitetes Personal nicht wiederzubekommen. Bei der großen Nachfrage nach Arbeitsträften im graphischen Gewerbe stehen den Streitenden gutbezahlte Stellen offen. Ein Teil unserer Kollegen und Kolleginnen wird, wenn die Unternehmer weiterhin die berechtigten Forderungen der Streitenden ablehnen, in anderen Betrieben Arbeit nehmen. Selbstverständlich unterstützen die Organisationen die im Ausland stehenden Schriftgießereiarbeiter und -arbeiterinnen reichlich, so daß sie keine Not zu leiden haben. Aus Bau- und Ortschaften wird noch meistens ein Zufluß gewährt, außerdem haben die Verbände zum Monatsserien eine Mietsbeihilfe gezahlt.

Wenn die Unternehmer nicht bald eintreten und den Forderungen der Streitenden nachgeben, werden sie wohl auf einen Teil ihrer besten Arbeiter und Arbeiterinnen verzichten müssen. Sie tragen dann selbst Schuld daran.

Der geschlossene Angriff auf die Arbeiter-schutzgesetzgebung.

Die Unternehmer rennen mit ununbrochener Energie gegen die Arbeiterschutzgesetze an. Ihr Angriff richtet sich hauptsächlich gegen die Schlichtungsinstanzen. Der Vorherrscher der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Herr von Borzigt, hat den Felszug in höchst eigener Person unternommen und sich als Hieselbe seines Angriffes den Reichsarbeitsminister Braun als ausgesucht. Auf der Kölner Tagung des Reichverbandes der deutschen Industrie spielte die Frage der Schlichtungsinstanzen ebenfalls eine sehr große Rolle. Herr v. Borzigt war es auch hier, der den Ton angab. Der deutsche Industrieverband, der die kleinen und mittleren Unternehmungen und die Handwerksmeister zu einer Streikversicherungsgesellschaft zusammenfaßt, nahm auf seiner kürzlich stattgefundenen Tagung ebenfalls zu der Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung Stellung.

Der Generaldirektor dieser Organisation (wer schmückt sich heute nicht alles mit dem Namen Generaldirektor) Gruhner, redete des langen und breiten über „Die Notwendigkeit des Abbaues der Arbeiterschutzgesetzgebung“. Nach Meinung Gruhners ist die Arbeiterschutzgesetzgebung schlechterdings an allem schuld. So glaubte er haarklein nachgewiesen zu haben, daß die Inflation letzten Endes nur eine Folge der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Schlichtungsinstanzen ist. Den Nachweis dieser Behauptung erbrachte er folgendermaßen: „Worin lag die Ursache der Inflation? Die Antwort wird sein; weil zu viel Geld gedruckt wurde. Warum wurde zuviel Geld gedruckt? Weil die Wirtschaft das Geld zur Zahlung der beständig steigenden Löhne brauchte. Warum stiegen die Löhne beständig? Weil die Preise beständig stiegen. Warum stiegen die Preise beständig? Weil die Nachfrage nach Waren das Angebot beständig überstieg. Warum war das Angebot kleiner als die Nachfrage? Weil die Produktion im Verhältnis zum Konsum verringert war. Warum war die Produktion verringert? Weil die Leistungen der Arbeiterschaft geringer waren. Warum waren die Leistungen verringert? Weil die neue Arbeiterschutzgesetzgebung einerseits die Leistungen beschränkte und andererseits die Arbeitgeber die

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Grund des Beschlusses unseres 8. ordentlichen Verbandstages in Hamburg wurden Verbandsbeiträge und Unterfügungen wie folgt festgesetzt:

An Verbandsbeiträgen werden ab 31. Beitragswoche (das ist die Woche vom 26. Juli bis 1. August) erhoben:

Klasse	Wochenverdienst	Verbandsbeitrag
I	Bis zu 10 M.	80 Pf.
II	Aber 10-15 "	40 "
III	" 15-20 "	50 "
IV	" 20-25 "	60 "
V	" 25-30 "	70 "
VI	" 30-35 "	80 "
VII	" 35-40 "	100 "
VIII	" 40-45 "	110 "

Bei jeder weiteren Lohnstufe von 5 M. erhöht sich der Verbandsbeitrag um weitere 10 Pf. Restbeiträge sind ab 31. Woche nach den neuen Beitragsstufen zu zahlen. - Eintrittsgeld wird in der bisherigen Höhe von 10, 30 und 50 Pf. weiter erhoben.

Unterfügungen:

a) Die Arbeitslosenunterfügung beträgt:

Beitrag	nach 52 bis 6 fache		nach 156 bis 6 fache		nach 200 bis 7 fache		nach 416 bis 8 fache		nach 520 Wochenbeiträgen bis 9 fache	
	80 Tagen pro Woche pro Tag	42 Tagen pro Woche pro Tag	48 Tagen pro Woche pro Tag	54 Tagen pro Woche pro Tag	60 Tagen pro Woche pro Tag					
80	1,50	0,25	1,80	0,30	2,10	0,35	2,40	0,40	2,70	0,45
40	2,10	0,35	2,40	0,40	2,70	0,45	3,00	0,55	3,30	0,60
50	2,40	0,40	2,70	0,45	3,00	0,50	3,30	0,60	3,60	0,75
60	3,-	0,50	3,60	0,60	4,20	0,70	4,80	0,80	5,40	0,90
70	3,60	0,60	4,20	0,70	4,80	0,80	5,40	0,95	6,00	1,05
90	4,50	0,75	5,40	0,90	6,30	1,05	7,20	1,20	8,10	1,40
100	5,10	0,85	6,-	1,-	7,20	1,20	8,10	1,35	9,-	1,50
110	5,70	0,95	6,60	1,10	7,80	1,30	9,-	1,50	10,-	1,65

Die Arbeitslosenunterfügungsfälle treten für Bezugsberechtigte erstmalig nach Leistung von vier erhöhten Beiträgen in Kraft.

b) Die Krankenunterfügung beträgt die Hälfte der Arbeitslosenunterfügung, jedoch nicht unter 1,20 M. je Woche, und zwar für die Mitglieder mit einer Beitragsleistung von 52 bis 260 Wochen 30 Tage, mit mehr als 260 Beitragsleistungen 42 Tage.

Die Krankenunterfügung tritt mit Leistung des 35. Wochenbeitrages 1925 in Kraft.

c) Die Gemahregelkassenunterfügung beträgt das 1 1/2 fache der Arbeitslosenunterfügung. d) Die Streikunterfügung beträgt vom zweiten Tage der Arbeitsniederlegung an das 1 1/2 fache der Arbeitslosenunterfügung, dazu für jedes Kind 1 M. wöchentlich.

Berlin, 21. Juli 1925.

Der Verbandsvorstand.

Legitimierung des Verbandsvorstandes.

§ 14 Abs. 4 des Verbandsstatuts.

1. Verbandsvorsitzender: Engelbert Bucher.
 2. Verbandsvorwärtender: Ernst Hornte.
- Verbandsstifter: Heinrich Rodahl.
Beisitzer: Karl Spalthoff, Otto Bleich, Luise Krapp, Oswald Schulze, Otto Rahn, Mariha Märker.

Wahl der Verbandsbeiratsmitglieder.

Nach den Beschlüssen des 8. ordentlichen Verbandstages in Hamburg besteht der Verbandsbeirat

künftig aus 7 Mitgliedern, welche in den Orten Köln a. Rh., Frankfurt a. M., München, Dresden, Leipzig, Berlin und Hamburg zu wählen sind. Diese Beiratsmitglieder dürfen nicht Angestellte des Verbandes sein. Wir eruchen obenstehende Zahlstellen, die Wahl baldmöglichst vorzunehmen und das Resultat bis zum 29. August dem Verbandsvorstand wie auch dem Kollegen Albert Schmid, München, Zweibrückenstraße 8 IV, der die Geschäfte des Verbandsbeirates bis zu dessen Zusammentritt weiterführt, bekanntzugeben. Der Verbandsvorstand.

Löhne nicht mehr nach den Leistungen begahnten. Warum begahnten die Arbeitgeber nicht mehr nach Leistungen? Weil sie durch die neue Arbeiterschutzgesetzgebung, die die Lohnfestlegung durch Allgemeinverbindlichkeitsklärungen von Tarifern durch Schlichter usw. in die Hände unbefähigter Personen legte, an eine gerechte auf Leistung beruhende Entlohnung verhindert waren. Die Wirkung der Arbeiterschutzgesetzgebung war also der letzte Grund.

Dieser Mann hat während der Inflation auf dem Monde gelebt. Sondernfalls scheint er vom Ruhrkampf, der systematischen Ausplünderung der Reichsbank durch die Unternehmer, der Steuerabgabe derselben usw. nichts gehört zu haben. Da man dies aber nicht annehmen kann, so erweisen sich derartige Ausführungen als plumpe Demagogie. Natürlich steht auch dieser „Volkswirtschaftler“ in den jetzigen Lohnforderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten die Ursache einer neuen Inflation. Auch hier sei die Arbeiterschutzgesetzgebung das Motto, mit Hilfe dessen die neue Inflation erzogen werden könne. „Die Frage läßt sich demnach, so verkündet der Herr Generaldirektor, nicht anders lösen, als durch die Beseitigung des letzten Grundes zu der früheren Inflation und jetzt eintretenden Geldnot, nämlich die Beseitigung der neuen Arbeits-

gesetzgebung, die den Arbeitgeber an der Erfüllung seiner natürlichen volkswirtschaftlichen Funktion hindert.“ Herr Gruhner fordert dann die Regierung auf, der Arbeiterschutzgesetzgebung die Wahrheit zu sagen, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung der Nachkriegszeit für die Arbeiterschaft von Schaden sei, „wie der sorgende Vater dem verhätschelten Kinde das Zuckerzeug wegnimmt, an dem es sich den Magen verdirbt. Der Vater darf sich vor dem Gespörei und Geheul, das dann anhält, eben nicht fürchten, weil er mit Erfüllung seiner Pflicht dem unverfänglichen Kinde ja nur Gutes erweist.“ Schade, daß Onkel Bräsig der Generalversammlung des Industrieverbandes nicht beigewohnt hat, er würde dem Redner zugerufen haben: daß du die Nase ins Gesicht behaftest!

Die einstimmig angenommene Entschliessung hielt sich natürlich in denselben Rahmen. Der zweite Teil derselben lautet: „Die Generalversammlung des über 10 000 Industriebetriebe umfassenden deutschen Industrieverbandes fordert deswegen die Aufhebung der Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918, soweit diese die Möglichkeit von Zwangsarbeitsverträgen schafft, der Verordnung über das Schlichtungsverfahren, insbesondere der Bestimmungen über die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen,

ferner über die Verfügungsfreiheit des Arbeitgebers zum Nachteil der Interessen des Betriebes einschränkende Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes (§§ 84 bis 98), ebenso der Stilllegungsverordnung, die überhaupt keinerlei praktischen Wert hat, die Arbeitgeber aber mit zwecklosen Formalitäten und Zeitverlusten belastet, und endlich der verschiedenen Arbeitszeitverordnungen, die die Wirtschaftlichkeit der Betriebe in ungünstiger Weise beeinflussen.

Die gesetzlichen Arbeiterrechte sind, das geht aus alledem hervor, ernsthaft in Gefahr. Wenn sich schon die Schärfermacher aller Richtungen zu gemeinsamem Tun vereinigen, so ist es höchste Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten das- selbe tun. Steht die Arbeiterschaft geschlossen zusammen, dann mögen sie kommen, die Herren von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und dem Industrie-Verband.

Sozialtarif und Lebenshaltung.

Das Reichsgesundheitsamt hat im Verlag von Julius Springer in Berlin eine äußerst lehrwerte Schrift herausgegeben: „Die Ernährung des Menschen“. Als Bearbeiter des Büchleins zeichnen Prof. Dr. Otto Kellner und Dr. H. W. Knipping, der eine Direktor, der andere Assistent des Physiologischen Instituts an der Universität Hamburg.

Aus der Fülle des dort gebotenen Materials lösen sich einige Grundsätze klar heraus: „Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat die Kulturentwicklung eine große Veränderung in der Beschäftigung der Bevölkerung hervorgerufen. Erstens hat die Zahl der Leute, die nicht körperlich arbeiten, bedeutend zugenommen, es gibt viel mehr Kaufleute, Beamte, Schreiber als früher. Zweitens ist in der Landwirtschaft und dem alten Handwerk ein erheblicher Teil der menschlichen Muskelkraft durch die Kraft der Maschine ersetzt worden. Drittens endlich, und das ist das Wichtigste, hat sich die ganze Masse der industriellen Arbeiterschaft erst gebildet. Von dieser großen Menschenklasse, die heute in Deutschland fast die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, hat der größte Teil keine schwere Muskelarbeit zu leisten, sondern ist sitzend tätig; oder es wird die Arbeit von der Maschine geleistet und der Mensch hat die Maschine lediglich zu beaufsichtigen und zu lenken. Während ehemals nur ein kleiner Teil der Männer der ersten Kategorie angehörte und die Masse des Volkes schwere und schwerste Muskelarbeit leistete, ist das heute anders geworden, und damit mußte sich auch die Nahrung ändern. Schon auf dem Lande wird heute im ganzen weniger gegessen als vor einem Menschenalter, dafür eine einseitigere Kost, und in den Städten muß heute der Durchschnitt der Bevölkerung sich so nähren, wie früher nur die gebildeten und wohlhabenden Klassen. Es ist nicht „Begehrlichkeit“ und Genußsucht der Arbeiter, wenn sie sich einen reichlicheren Genuß von Fleisch, Milch, Eiern usw. zu verschaffen suchen, sondern ein derartiges Verlangen ist physiologisch begründet. In den Ländern mit der älteren Industrieentwicklung, in England und Nordamerika, ist denn auch der Fleischgenuß der Arbeiter ein sehr reichlicher. Das Zurücktreten von Brot und Kartoffeln in der Kost, die großen Mengen von Fleisch, Butter, Sahne, Milch fallen jedem Europäer auf, der nach den Vereinigten Staaten kommt.“ Wir befinden uns vor dem Kriege in Deutschland offensichtlich auf dem Wege zu der neuen, für das Maschinenzeitalter richtigen amerikanischen Ernährung. Die Umstellung ist verlangsamt worden, einmal durch Schutzzölle und Einfuhrbeschränkung des Fleisches, andererseits durch das Festhalten an überlieferter Gewohnheit und Gewohnheitsrichtungen.“ „Das deutsche Volk muß sich (sich) ernähren wie vor zwei Menschenaltern, da es noch zum größten Teil aus Bauern, Landarbeitern und Handwerkern bestand. Und es soll dabei die hochwertige Arbeit leisten, die das Zeitalter der Maschinen und der Großstädte von ihm verlangt.“

„Das Fleisch ist gewissermaßen das Wahrzeichen der neuen Zeit in der Ernährung geworden.“ Und es ist in der Tat erstaunlich, mit welcher Energie das deutsche Volk den notwendigen Fleischbedarf, den es in der Inflationszeit entbehren mußte, sich wieder eroberte. Betrug der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung 1923 nur 22 Kilogramm, so schnellte er 1924 bereits auf 41 Kilogramm und näherte sich damit dem Friedensstande von 52 Kilogramm. Durch diese hoffnungsvolle Entwicklung macht die Sozialtarifvorlage der Regierung einen tiefen Strich: gerade „das Wahrzeichen der neuen Zeit“, gerade das Fleisch wird durch sie am stärksten getroffen, wie die folgende Tabelle zeigt:

Lebensmittel	Verbrauch der Familie in 4 Wochen kg	Pr. d. Nation im Br. 1025 in Berlin Mt.	Jährliche Mehrausgabe durch Zolltarif	
			Mt.	b. S.
Moggenbrot	40	16,-	28,20	18,5
Weißbrot	5	8,40	4,00	10,4
Weizenmehl	4	2,08	4,09	15,1
Gruppen	1,883	0,95	0,91	7,4
Belagengrieß	1,883	1,10	2,03	18,4
Käsefloden	1,883	0,95	1,58	12,8
Vollreis	1,883	1,26	0,95	5,8
Erbsen	1,883	0,99	0,95	7,4
Bohnen	1,883	1,10	0,95	6,6
Kartoffeln	80	5,28	7,05	10,8
Gemüse (Kohl)	15	4,50	7,90	13,8
Rindfleisch	3,5	7,88	20,50	20,0
Schweinefleisch	1,5	2,70	8,80	25,0
Lammfleisch	1	2,-	5,85	22,5
Eier	0,5	1,48	3,84	12,2
Speck	3	4,80	11,70	18,8
Butter	2	7,90	7,80	7,6
Margarine	2	8,10	7,80	12,2
Schweinefett	2,25	4,05	3,65	6,9
Sahne	1,75	3,18	6,88	16,8
Salzheringe	1,5	1,07	0,61	4,4
Zucker	3,5	2,81	4,55	15,0
Eier (Eiweiß)	38	9,88	1,32	8,1
Vollmilch (Eiter)	95	5,45	6,82	5,6
Kaffeebohnen	1,25	0,65	1,63	19,8
Zusammen		91,44	149,91	12,0

Die Tabelle gibt in der ersten Spalte die Mengenverhältnisse an, die das statistische Reichsamt für den vier-

Denk an die Kinder!

Wird die Zollvorlage Gesetz, so steigt der Preis von

Butter	um mehr als 7%
Margarine	„ „ 19%
Schweinefett	„ „ 7%
Gemüse	„ „ 20%
Zucker	„ „ 15%

wichtigen Verbrauch einer minderbemittelten Familie von fünf Köpfen annimmt, in der dritten Spalte die absolute Erhöhung, die bei vorläufiger Zugrundelegung des Zolltarifs eintreten muß. Diese Zahlen sind bereits in Nr. 27 der „Gewerkschafts-Zeitung“ veröffentlicht worden. Um hieraus die relative Verteuerung der einzelnen Lebensmittel zu berechnen, sind in der zweiten Spalte die Geldbeträge eingelegt worden, die im Durchschnitt des Monats Mai 1925 für die einzelnen Posten der Nation angelegt werden mußten, und zwar nach den Ermittlungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin, da Durchschnittszahlen für das Reich nicht vorhanden sind. Das Dreifache dieser Geldbeträge ergibt die jährlichen Aufwendungen, die Gegenüberstellung mit Spalte 3 die prozentuale Steigerung der einzelnen Lebensmittel, die demnach bei Fleisch mit 20 bis 25 p. S. die höchsten Beträge erreicht.

Diese Tabelle ist auch in anderer Hinsicht aufschlußreich. Fügt man nämlich zum Vierwöchigenverbrauch von 0,250 Kilogramm Kaffee, 1 Kilogramm Saft und 2 Kilogramm Speisefleisch, die im Mai 1925 in Berlin 1,84 Mt. bzw. 3 Mt. bzw. 0,28 Mt. kosteten, so hat man das gesamte Ernährungsschema des statistischen Reichsamts mit 96,56 Mt. oder jährlich 1255,28 Mt. Da das statistische Reichsamt auf Grund aller Haushaltsrechnungen aus dem Jahre 1907 und unter Berücksichtigung der gesunkenen Lebenshaltung der Nachkriegszeit die Ausgaben für Ernährung auf 54,77 v. S. oder Gesamtausgaben schätzte, so ergibt sich für die Lebenshaltungskosten einer minderbemittelten Familie ein Betrag von nicht weniger als 2292 Mt. im Jahr. Diese Zahl ist aber noch zu niedrig gegriffen, wenn man berücksichtigt, daß das Reichsamt im Berechnungsschema für die Ernährung zwar den Kalorienwert und den Eiweißgehalt nach dem

neuesten Stande der Wissenschaft in Anschlag bringt, von der Aufnahme des Infolge seines hohen Blamingehaltes für die Ernährung besonders wichtigen Frischkaffees sowie von Galat aus praktischen Gründen absehen mußte. Ebenfalls sind die Beiträge für Steuern und Soziallasten miteinhalten. Dieser demnach sicherlich zu geringe Betrag von 2292 Mt. im Jahr entspräche einem Stundenlohn (bei 300 Arbeitsstunden und achtstündiger Arbeitszeit) von 95,5 Pf. Dieser Lohnsatz wird aber, wie die Tariflohnstatistik des I.D.G.B. sowohl als auch die Tariflohnabstimmung des statistischen Reichsamts im zweiten Junijahr von „Wirtschaft und Statistik“ ergibt, in nur wenigen Industrien gerade von den Spitzenarbeitern, in den meisten nicht einmal von diesen erreicht.

Es steht also fest, daß das jetzige Lohnintommen bei weitem nicht zur Bestreitung der Kosten zureicht, die für eine noch so bescheidene und dürftige Lebenshaltung unumgänglich notwendig sind. Da die übrigen Lebensbedürfnisse schon äußerst knapp gedeckt sind, da die Wohnungsmiete andauernd wachsende Beträge verschlingt, muß bereits jetzt das unzureichende Einkommen sich in einer gezielten, gefährdenden Einengung des Lebensmittelbedarfs äußern. Der drohende Zolltarif, der allein die notwendige Nahrung um mindestens 150 Mt. verteuern wird, muß demnach geradezu verheerend wirken. „Das deutsche Volk muß sich ernähren wie vor zwei Menschenaltern, da es noch zum größten Teil aus Bauern, Landarbeitern und Handwerkern bestand. Und es soll dabei die hochwertige Arbeit leisten, die das Zeitalter der Maschinen und der Großstädte von ihm verlangt.“ Nicht nur die jetzige Generation wird schweren Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, wenn der Zolltarif zum Gesetz wird, auch dem zukünftigen Leben droht Gefahr. Mit laienhaften Worten sprechen es Kellner und Knipping aus: „Wenn ein Volk oder eine Schicht eines Volkes irgendeine hungert oder unterernährt ist, ist es immer zuerst die Mütter, die leiden.“

Die Wirtschaftslage des Deutschen Reiches.

Konjunkturverschlechterung — Geldverknappung. Die allgemeine Wirtschaftskonjunktur im Deutschen Reich weist die Zeichen einer Verschlechterung auf. Die Krise des Bergbaues dauert weiter an. Die Bergwertbesteller wollen sich nicht zu einer radikalen Preisermäßigung, die allein die Abflachung vermindern würde, bequemen. In der Verbleibigen ihrer Renten und Differenzrenten lassen sie lieber ihre Kohlen auf den Halben liegen. Erheblich verschlechtert hat sich die Lage der Eisen- und Stahlindustrie und auch der Maschinenindustrie sowohl im inländischen wie im ausländischen Geschäft. Die Käufer halten mit den Bestellungen zurück; auf dem Weltmarkt schlägt aber die belgische und französische Konkurrenz mit ihren niedrigen Preisen die deutsche aus dem Feld. Die Rohstoffgemeinshaft hat die Produktionsbeschränkung für den Monat Juni von 20 auf 25 Proz. erhöht. Betriebsstilllegungen und -einschränkungen erfolgten bereits bei den Kruppen, Thyssen, Höpnic, Rhein- stahlwerken und weitere stehen noch bevor. Auch hat sich die Lage der Eisen-, Metallwaren- und Kleinwarenindustrie ungünstig gestaltet. Die bisher gut beschäftigte Holz- und Holzindustrie, zum Teil auch die Lederindustrie zeigten in den letzten Wochen eine ebenfalls ungünstige Entwicklung.

Man kann diesen Verfallszustand eine Anzahl anderer mit guter Beschäftigung entgegenhalten. Die wichtigsten von diesen — Landwirtschaft, Baugewerbe und Textilindustrie — zeigen jedoch nur einen saisonmäßigen Aufschwung des Beschäftigungsgrades. Die Landwirtschaft ist mit Rücksicht auf die Erntearbeiten, die Textilindustrie durch die Winterbestellungen gut beschäftigt. Die Landwirtschaft kann sogar große Massen arbeitsloser Industriearbeiter, vor allem aus der westdeutschen Schwerindustrie, aufnehmen, desgleichen das Baugewerbe im südlichen Deutschland die durch die Einstellung der Bautätigkeit der westlichen Schwerindustrie stellenlos gemordeten Bauarbeiter. Auch hat die gleichfalls gut beschäftigte Kautschuk- und chemische Industrie beschäftigungslos gewordene Arbeitnehmer aufgenommen. Aus diesen Gründen läßt sich eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Periode signifikant nicht feststellen. Die Kurzarbeit war bereits im Juni im Steigen; es ist wahrscheinlich, daß diese Tendenz auch weiter erhalten hat. Nach Absinken der saisonmäßig bedingten Konjunkturerbesserung wird erst das Ausmaß der Arbeitslosigkeit sichtbar werden.

Die Verschlechterung der Aussichten auf eine günstige Entwicklung der Konjunktur in den kommenden Monaten

Arbeiterferien

Ich, waren das herrliche Tage, die mir zum Wandern geschenkt; frei von des Alltags Plage, voll tiefsten Friedens getränkt.

Nur einmal die Arbeit vergessen, nicht sorgen müssen uns Droll! Das war mir ein Glück unermessen, das särbte die Wangen mir rot.

Wach rief kein Gedankenzeichen nach der Arbeit dumpfen Haus. Ich lag im Waldesdämmerung und träumte festig hinaus.

Marie Frenzel, Chemnitz.
Aus: Brüder, Älteste Arbeiterbildung, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin.

Freudenholm.

Ein Erholungsheim für weibliche Berufstätige. Wer mit dem D-Jug von Berlin nach Kiel fährt, kommt über die Freie und Hansestadt Lübeck in ein zu Dänemark gehöriges Land, das der Zug von Süden nach Norden durchquert und dann in das hügelige, feenreiche Gebiet der Provinz Schleswig-Vollstein. Diese sogenannte holsteinische Schweiz ist das Ziel vieler Wanderer, Naturfreunde und Erholungsbedürftige. In Breeh, einer Station

vor Kiel, verlassen wir den Zug, um einen Absteher nach dem in der Nähe liegenden Gut Freudenholm zu machen. Viele werden sich fragen, was haben wir auf diesem alten Herrenhof zu tun und werden erstaunt sein zu hören, daß dieses alte Gut ausschließlich der Erholung für weibliche Berufstätige des Berliner Buchdruckgewerbes dient. Nach nicht langer, erst in neuester Zeit ist es dieser Bestimmung zugeführt worden und die schon oft in unserer Verbandszeitung lobend erwähnte Berliner Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe hat Freudenholm eigens zu diesem Zweck erworben.

So freundlich, wie der Name klingt, ist die Bestimmung. Es ist das dritte Eigenheim der genannten Krankenkasse, die für männliche Berufstätige in Deutenberg in Thüringen eine Erholungsstätte geschaffen hat und für tungentranke Rassenmitglieder in Reichenhain im Erzgebirge eine vorbildliche Anstalt besitzt. Freudenholm aber krönt das Werk der gegenseitigen Hilfe. Acker, Wiesen, Wald und See vereinigen sich hier zu einem lieblichen Bilde, das sich dem Besucher freundlich darbietet, und die frohe Gemüthsstimmung, auf eigenem freien Grund zu stehen, werden dem Aufenthalt einen besonderen Reiz geben. Unabhängig von anderen Menschen, ohne ihr Wohlsein in Anspruch nehmen zu müssen, werden sich die Kolleginnen frei bewegen können. Und das ist ein nicht geringer Vorzug dieses neuen Erholungsheimes, das wohl so ziemlich alle Ansprüche erfüllt, die an eine solche Einrichtung gestellt werden können.

Dem Bahnhof in Breeh aus werden die erholungs- suchenden Frauen und Mädchen in einer etwa 20 Minuten währenden Wagenfahrt die Bestimmung erreichen, am 23. Juli sind die ersten angekommen. Von der Chauffee rechts abbiegend fahren sie auf bequemem Wege zu ihrem Bestimmungsort. Schon vorher dehnten sich rechts und links

von der Straße die Acker und Wiesen des Gutes aus, das ein Areal von rund 100 Hektar umfaßt. In dem ehemaligen vollständig neu renovierten Herrenhaus werden die Aufenthalt nehmen und sie werden erfreut sein von dem geschmackvoll und behaglich ausgestatteten Heim, das ihnen für einige Wochen eine Heimat sein soll. In den gegenüber eingerichteten Räumen werden die Patientinnen angenehme Stunden verbringen, Speiseszimmer, Bibliothek, Schreib- und Lesezimmer genügen jeder höheren Ansprüche. Die in den oberen Stockwerken gelegenen Schlafzimmer sind luftig und hell und bieten mit ihrer schimmernden weißen Einrichtung einen freundlichen Anblick. Von der Veranda des Hauses zeigt sich ein schöner Ausblick auf Gärten und See, der zum Gut gehört. Ein Wintergarten ist sogar vorhanden, so daß selbst in der kalten Jahreszeit immergrüne tropische Gewächse das Auge erfreuen werden.

Wer von der Veranda aus den sauber gepflegten Garten durchschreitet, steht bald am Seeufer, in den zwei Landungsstegen hineingebaut sind. Der Landerteufel ist nach dem ersten Besucher, dem Grafen Antser, genannt, der schon 1235 auf Freudenholm saß. Heute werden auf und am dem See fleißige Arbeiterinnen, deren Gesundheit angegriffen und deren Arbeitskraft geschwächt ist, Erholung suchen. Sie werden die Stunden der Entspannung, frei von Sorge und Arbeit, auf nützen und dankbar der vorbildlichen sozialen Einrichtung ihrer Berliner Krankenkasse gedenken, deren Leiter das für sie geschaffen haben. Auf einem Landungssteg sind Bänke angebracht, eine schöne Aussicht auf den See und seine Ufer bietet sich dem Beschauer. Gefegtheit zum Bootfahren ist vorhanden, die neuen Boote stehen bereit und laden ein mit ihren vertrauten Namen, die an Heimat und Beruf erinnern. In wenigen Minuten ist das Freibad erreicht, das besonders für die Besucher angelegt wurde.

in neben der Wirkung der bekannten Ursachen, wie hohe Preise, geringe Kaufkraft, schlechte Absatzbedingungen auf dem Weltmarkt usw., einer neuerlichen Geldverknappung und Betriebsmittelnot zuzuschreiben. Die amerikanische Nachfrage hörten in den letzten Monaten auf nach Deutschland einzuströmen. In jüngster Zeit hat sich zwar das amerikanische Kapital wieder Deutschland zugewandt, doch werden überwiegend Anleihen nur für Städte und die Landwirtschaft gewährt. In der Industrie befürchtet das amerikanische Kapital einen Konkurrenten auf dem Weltmarkt und schaltet sie deshalb von der Kreditgewährung aus. Die Reichsbank besteht aus Währungsgründern darauf, daß die Kredite nicht erweitert werden. So erfolgte eine Einengung des Geld- und Kapitalmarktes, was auch eine neue Erhöhung der Zinssätze mit sich brachte. Infolge der Geldnot halten die Käufer mit ihren Bestellungen zurück. Die Wirkungen der Geldverknappung machen sich auch im Börsenverkehr sichtbar. Die Kurse der Aktien sinken im allgemeinen weiter. Die Industriewerke standen im Kurs durchschnittlich um ein Drittel niedriger als zu Anfang des Jahres. Zur Entung der Aktienkurse hat allerdings die Lauffache erheblich beigetragen, daß ein großer Teil der Industrieunternehmen wegen der Aktienkurse keine oder nur eine sehr geringe Dividende erteilt. Das Ausbleiben der Dividende erfolgt nicht deshalb, weil keine ausreichenden Gewinne erzielt wurden, sondern damit die Unternehmen mit Rücksicht auf die Geldknappheit und die teuren Zinsen flüssige Mittel besafien.

Die Abnahme des Beschäftigungsgrades ist um so bedenklicher, als sie nicht mit sinkenden, sondern mit steigenden Preisen einhergeht. Vor allem steigen die Lebensmittelpreise weiter und man kann behaupten, daß die „Schere“, das heißt das Mißverhältnis zwischen den Preisen für industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse sich vollkommen geschlossen hat. Die Preise für Industrieprodukte zeigten im Verhältnis zu denen der Lebensmittel eine nur geringe Erhöhung.

Die neue Steuererhebung wirkt ebenfalls in der Richtung der Verminderung der Kaufkraft. Die Steuererhebung des Reichstages behandelt werden, sollen bald vor das Plenum des Reichstages kommen. Der erwünschte Abbau der Umsatzsteuer und der Auguststeuer wird nicht erfolgen. Die Arbeitslosigkeit im Luxusgewerbe wird weiter zunehmen müssen. (Die Lederindustrie zum Beispiel) Die Biersteuer soll um 50 Proz. erhöht werden, was als eine sehr große Belastung anzusehen ist. Die neue Tabaksteuer wurde einstweilen abgelehnt. Der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern läßt auf große Schwierigkeiten, das Reich möchte ein Viertel der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer — die wichtigsten Erwerbsquellen für Länder und Gemeinden — für sich behalten und ihnen dafür nur einen ungenügenden Ersatz bieten. Das jüngst angenommene Aufwertungsgefeß verfehlt die Sachwertbestimmung und kommt den Gläubigern, die vielfach der Inflation zum Opfer gefallen sind, durch die Festlegung von 25 Proz. bei der Aufwertung von Hypotheken, Rentenschulden, Realitäten, 15 Proz. für die Aufwertung von Industrieobligationen (neben einem gewissen „Genußrecht“ für Altbesitzer) und verminderten Schuldverreibungen nicht genug entgegen. Die Zeichen von öffentlichen Anleihen werden mit einer ganz geringfügigen und unzureichenden Aufwertung abgepeilt, da sich die Regierung die Mittel für eine energische Aufwertung dieser Anleihen aus einer Inflationssteuer, die die Nutznießer der Inflation hätte treffen sollen, nicht beschaffen wollte.

Konsumkraft und Produktion werden aber am empfindlichsten durch die Zollgefeße getroffen. Der „Ländlose“ Zolltarif wird bald vor das Plenum des Reichstages kommen. Er sieht ungeheure Erhöhungen der Zölle auf Industrieprodukte und Einfuhr von Getreide, und Lebensmittelszöllen vor. Bei den Getreidezöllen wurden im Entwurf auch sogenannte Mindestzölle vorgegeben, die auch im Verhandlungsweg nicht ermäßigt werden dürfen. Unter den Regierungsparteien besteht noch in diesem Punkt Uneinigkeit und sie bemühen sich um ein Kompromiß. Dieses wird erreicht werden entweder durch das einfache Fallenlassen der Bindung der Getreidezölle als Mindestzölle, oder aber es wird als Ersatz dafür den Agrarern die Bindung der Zölle für tierische Produkte als Mindestzölle zugestimmt. Die Lage der großen Massen wird durch dieses Kompromiß in teilsweise gebessert. Sie werden für jeden Fall die vermehrten Kosten des Lebensunter-

halts zu tragen haben, zumal die Einführung von Berechtigungszöllen oder gleitenden Zöllen (für den eventuellen Fall einer großen Preissteigerung auf dem Weltmarkt) fallen gelassen wurde.

Auf dem Gebiet der Handelspolitik entstanden Schwierigkeiten, welche die ansonst kritische Lage noch mehr verschlimmerten. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, zum Abschluß des provisorischen Vertrages, wurden abgebrochen. Die französischen Wünsche bezogen sich auf Weine, Automobile und Wolllwaren, die deutschen Forderungen vor allem auf die Produkte der eisenerarbeitenden Industrie. Lediglich das deutsch-französische Abkommen über den Wirtschaftsverkehr mit dem Saargebiet, das die zollfreie Ausfuhr beträchtlicher Kontingente saarländischer Erzeugnisse nach Deutschland vorseht, konnte unter Dach und Fach gebracht werden. Das in Luxemburg abgeschlossene Eisenabkommen zwischen der deutschen, französischen und luxemburgischen Schwerindustrie wird infolge des Scheiterns der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen einstweilen nicht ins Leben treten. Mit Polen baltet der Zollkrieg weiter an. Den Hauptstreitpunkt bildet das Verlangen Polens, monatlich 350 000 Tonnen (ursprünglich eine halbe Million) Kohlen zollfrei nach Deutschland liefern zu dürfen. Angehts der ungeheuren Kohlenrisse Deutschlands konnten die deutschen Lieferländer Polen nur die Einfuhr von 100 000 Tonnen (ursprünglich nur 60 000 Tonnen) anbieten. Den vorigen Jahr mit England abgeschlossenen, für die deutsche Industrie sehr günstigen Handelsvertrag, wollen die Deutschen national nicht ratifizieren. Ihr Verhalten hat ohne Zweifel einen Kuhhandel zur Grundlage. Auf diese Weise wollen sie den Druck für die Bewilligung der Agrarsubvention ausüben. Nechtlichen Absichten dürfte auch die angebrodte Kündigung des erst vor kurzem ratifizierten deutsch-spanischen Handelsvertrages entspringen.

Rohstoffzölle sind ein Krebschaden der Wirtschaft!

Kein Wissenschaftler hat je Rohstoffzölle verteidigt.
Futtermittel sind Rohstoffe der Bauernwirtschaft.

Fort mit den Futtermittelzöllen!

Aus dem Steinbrudgewerbe.

Neue Lohnsätze für das Baugewerbe Steinbrudereihilfspersonal.

Alter	Lohn zahlbar ab 10. 8. 1925	Lohn zahlbar ab 4. 8. 1925
Bis 16 Jahre	9.85	10.85
17	14.65	15.15
19	20.—	20.80
21	24.—	24.75
24	27.85	28.85
24	30.50	31.50
über 24	33.—	34.—
über 24	38.50	38.50

Technisches Hilfs- und Kesselpersonal, Stein- und Zinkbleifer, Steintransporteure, Eitelenschneder erhalten wöchentlich 8.15 Mark Betriebszulage.

Hilfsarbeiterinnen

Alter	Lohn zahlbar ab 10. 8. 1925	Lohn zahlbar ab 4. 8. 1925
Bis 16 Jahre	8.25	8.75
17	10.40	10.90
19	14.10	14.85
21	17.50	18.50
über 21	18.85	19.85

Arbeiterinnen, die an den Maschinen Papier aufsetzen, erhalten 5% pro Woche mehr.

	Lohn zahlbar ab 10. 8. 1925	Lohn zahlbar ab 4. 8. 1925
Anlegerinnen	28.40	24.40
Wagenfängerinnen und Apparatführerinnen.	22.—	28.—
Ständige Papiereinschieberinnen, die zugleich Walzen waschen, und seitliche Einschleiferinnen an großen Maschinen:	20.80	21.80

Crimmischau.

Alter	Neuer Mindestlohn ab 1. Juni	Lohn ab 1. August
17 bis 19 Jahre	27.75	25.65
19	28.—	29.90
21	28.—	29.90
21	31.80	33.70
21	31.80	33.70
über 24	38.25	41.35
über 24	38.25	41.35

Anlegerinnen und Wagenfängerinnen

	Lohn zahlbar ab 10. 8. 1925	Lohn zahlbar ab 4. 8. 1925
Notarhelferinnen	26.60	27.55
Apparatführerinnen	25.20	26.60
Flachbrudnerinnen	25.20	26.60
Wagenf. über 18 Jahre	22.80	23.75
Wagenf. unter 18	10.95	20.90

Hilfsarbeiterinnen

Alter	Lohn zahlbar ab 10. 8. 1925	Lohn zahlbar ab 4. 8. 1925
14 bis 15 Jahre	8.—	8.85
15	9.—	9.50
16	12.—	13.30
17	15.70	16.65
18	19.—	19.95
über 20	20.45	21.40

Dresden.

Neue Lohnsätze für das Dresdner Stein-, Tisch- und Holzbrudereihilfspersonal.

Stein- und Zinkbleifer sowie Steintransporteure.

Alter in Jahren	Lohn zahlbar Juni	Lohn zahlbar 1. August
Bis 16	24.85	25.60
17	28.90	29.65
19	32.90	33.90
21	35.80	36.80
über 24	38.10	39.10
über 24	41.—	42.—

Hilfsarbeiterinnen

Alter	Lohn zahlbar Juni	Lohn zahlbar 1. August
Bis 16	11.50	12.—
17	16.70	17.20
19	21.85	22.80
21	25.90	26.85
über 24	29.90	30.90
über 24	32.80	33.80
über 24	35.10	36.10
über 24	38.—	39.—

Stein-, Tisch- und Holzbrudnerinnen

	Lohn zahlbar Juni	Lohn zahlbar 1. August
Stein-, Tisch- und Holzbrudnerinnen	25.50	26.50
Wagenfängerinnen	24.—	25.—
Hilfsarbeiterinnen	10.—	10.—
Hilfsarbeiterinnen	12.50	13.10
Hilfsarbeiterinnen	15.50	16.25
Hilfsarbeiterinnen	19.25	20.25
Hilfsarbeiterinnen	20.70	21.70

Für Bronzierer, Goldarbeiten, Abstäuber und Suder ist eine Extraentschädigung von 10 Pfennig pro Stunde zu zahlen.

Das hier liegende Boot ist „Paula Thiede“ getauft worden, nach der Frau, die die Kolleginnen so oft von Gefahr und Not befreit und sie aus sozialem Elend errettet hat. So wirkt dieses Rettungsboot als ein Symbol und wird manche Kollegin zu erstem Nachdenken anregen. — Wer angeln will, kann auch diesem Sport huldigen, Angelgerät liegt bereit. Von dem großen fischreichen See gehören 22 Hektar zum Gut.

Ein Spaziergang durch die ganze Bestung ist für den Naturfreund recht lohnend. Für die Patienten sind gute Wege angelegt worden, die reichlich mit Bänken versehen sind und schöne Ausblicke bieten. Prädigste Durchgänge durch den Wald sind geschaffen, Ruheplätze eingerichtet und hochgelegene Aussichtspunkte zeigen die landschaftliche Schönheit des Gutes und der Umgebung. Die Kaffeemittler brauchen das Gut überhaupt nicht verlassen, sie können ausgedehnte Spaziergänge auf der Bestung der Ortrantentasse unternehmen, ohne fremdes Gebiet zu betreten.

Natürlich wird Freudenhof auch durch die Berliner Ortrantentasse für das Buchbrudgewerbe bewirkt. Die leitenden Herren dieser Kasse, vor allem der Geschäftsführer Otto Wankel, sind praktische Leute. Die schmucken Wirtschaftsgebäude enthalten alle Räumlichkeiten und Geräte, die zur Bewirtschaftung nötig sind. Wir finden da die Stallungen für die Pferde, Kühe, Schweine und das Vieh, einen stattlichen Wagenpark, die Schöne mit Dampfmaschine, einen stattlichen Wagenpark, die Schöne mit Dampfmaschine und anderen landwirtschaftlichen Maschinen, eine eigene Lichtanlage, eine Einrichtung zur Gewinnung von Kristallzucker, gute Wohnungen für die Landarbeiter und anderes mehr. Was man eben für einen Gutsbetrieb braucht, ist vorhanden. Die Bewirtschaftung des Gutes ist Herrn Inspektor Bredt übertragen, der einen guten Ruf als Landwirt genießt und dafür Sorge tragen wird, daß nicht

nur Freudenhof, sondern auch die anderen beiden Heime der Berliner Ortrantentasse für das Buchbrudgewerbe zum Teil mit Agrarprodukten versehen werden.

In Freudenhof ist Raum für 35 Erholungsbedürftige vorhanden. Eine Erweiterung ist geplant, kann aber vorläufig nicht zur Ausführung kommen. Sie soll der Familienhilfe dienen. Mit ihrer neuen Erwerbung hat die Ortrantentasse für das Buchbrudgewerbe zu Berlin ihren guten Ruf noch weiter verbreitet. Bei einer Besichtigung der Anlagen und des Gutes durch Vertreter der Behörden, Krankentassen und Kaffeemittler wurde die Arbeit voll anerkannt. Das Berliner Buchbrudgewerbe kann stolz sein auf seine Ortrantentasse, der wieder einmal eine gute Leistung gelangt ist. Aber auch über den Stadtkreis Berlins hinaus hat diese anerkennenswerte Tat Bedeutung. Sie zeigt, was in gemeinsamer Arbeit möglich ist. Gut wäre es, wenn sie auch andermwärts Nachahmer fände.

Sängerfahrt nach Hamburg.

Am 28. Juni machten sich die Mitglieder des Berliner Männergesangsvereins „Gottbarität“ auf die Reise nach Hamburg. Vor der Abfahrt noch ein Abschiedslied in der Bahnhofshalle und dann nahmen alle Platz in zwei reservierten Wagen. Nach einer guten Fahrt kamen wir nachmittags in Hamburg an. Dort nahmen uns Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Zählstelle freundlichst in Empfang. Mit Gesang zogen alle nach dem Gewerkschaftshaus, wo die Quartiere angewiesen wurden. Am Abend nahmen wir an der Begrüßungsfeier für die Delegierten des Verbandes als Gäste teil. Das in jeder Beziehung künstlerisch aufgearbeitete Programm gab uns Gelegenheit, den Hamburger Männergesangsverein „Gutenbergs“ zu hören.

Am Montag, den 29. Juni, sangen wir zur Eröffnung des Verbandstages die Lieder „Ich warte dein“ und den „Sozialistenmarsch“. Darauf ging es nach St. Pauli-Landungsbrücken und unter Führung der Herren Kirchner, Martus und Witte fuhren wir die Elbe abwärts nach Blankensee, um hier vom Sillberg ein herrliches Panorama zu genießen. Einige Lieder wurden gesungen. Auf dem Rückweg verstand es unser Freund Kirchner in ausgezeichneter Weise, alles für uns Wissenswerte auf beiden Ufern zu erklären. In Hamburg wieder angekommen, wurde das Wunder der Technik, der Ebstunnel, besichtigt. Wir durchschritten beide Tunnelgänge mit Gefang. Der Abend war für die Sangesbrüder zwanglos und endete mit einem Wimmel durch St. Pauli, auf dem ein Sangesbruder auf der Straße seinen Hut einbüßte, er erhielt die erste nach einem Wiesel von 50 Pf. wieder. Der Betreffende ging an den folgenden Tagen immer ohne Hut aus. Scheinbar hatte er Angst vor den Hamburgerinnen. Sangesbruder John verstand es in geschickter Weise, die lustigen Sangesbrüder wieder aus den Klappen St. Paulis ihren Quartieren zuzuführen.

Am Dienstag fand auf dem Programm eine Aftersfahrt und Besichtigung des Stadtparks mit seinen herrlichen Anlagen. Und dann kamen die schönsten Stunden unseres Hamburger Aufenthaltes. Mit den Teilnehmern des Verbandstages bestiegen wir bereitgestellte Autos und fort ging es nach der Hamburger „Produktion“. Nach einem Verpflegungslieb der „Internationale“, befristigten wir unter Führung der Schlachter, das Bergwerk in Speck, Würst und Schinken der Hamburger Arbeiterschaft. Durch drei Etagen mit vielen lustigen Arbeitsräumen ging die Führung, und vom letzten Arbeitsraum, der Ränderei, schieden wir tränenden Auges. Die Autos brachten uns in schneller

gewähren, gleichviel ob diese Arbeiten an der Maschine oder mit der Hand ausgeführt werden.

Bestehende Leistungszulagen dürfen bei dieser Lohnveränderung nicht in Anrechnung gebracht werden.

Hüttingen.

Die Wochenmehrlöhne des Altendorfer Stein- und Zementfabrikationsbetriebs betragen ab 1. August für

Schleifer	41,33 Mt.
Hilfsarbeiter über 24 Jahre	37,50 "
" von 21 bis 24 Jahren	32,50 "
" von 19 bis 21 Jahren	28,98 "
" von 17 bis 19 Jahren	22,80 "
" von 15 bis 17 Jahren	18,05 "
" im 15. Jahre	10,21 "
Offiz. resp. Notarangelagerin	27,55 "
Stein- und Zementfabrikationsbetriebs	26,60 "
Auslagerinnen über 18 Jahre	24,75 "
Auslagerinnen unter 18 Jahre	20,90 "
Maschinen- und Streichmaschinen	22,50 "
Hilfsarbeiterinnen über 20 Jahre	21,38 "
" von 18 bis 20 Jahren	19,95 "
" von 16 bis 18 Jahren	16,63 "
" von 14 bis 16 Jahren	9,50 "

Für Bronzier-, Ruder- und Abstaubarbeiten ist ein Extraschlag von 10 Pf. pro Stunde zu zahlen.

Am Ferien sind zu gewöhnen nach einem Jahre 4, nach zwei Jahren 5, nach drei Jahren 6, nach fünf Jahren 7, nach acht Jahren 8 und nach zehn Jahren 10 Arbeitstage. Stichtag ist der 1. August.

Aus den Zahlstellen.

Dortmund. Am 18. d. Mts. versammelte sich die graphische Hilfsarbeiter-Vereinigung Dortmund, um den Bericht vom achtzehnten Verbandstag in Hamburg durch den Verbandstagsbelegierten Kollegen K. v. K. in entgegen zu nehmen. Der Referent führte ungefähr folgendes aus: Die Leitung unserer Organisation ist vorzüglich den Männern anvertraut. Die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Organisation selbst in den letzten Jahren hat die Richtigkeit der reichsweiten Regelung des Arbeitsverhältnisses bewiesen. Der mit der Inflation verbundene Notendruck steigerte die Gesamtmitgliedszahl unserer Organisation auf circa 50.000. Nach Eintritt der Währungsstabilität erfolgte eine Reduzierung des Mitgliederbestandes um rund 17.000. Die Taktik unserer Unterhändler in der Frage des Arbeitszeitabkommens war geschickt. Der Reichsstarik im Steinbrudgewerbe ist, wenn die Voraussetzungen hierfür gegeben sind, zu erstreben. Die zweckmäßigste Organisationsform unserer Branche ist die des Berufes. Der Ausbau der Unterföhrungsweige bedingte die in Hamburg beschlossene Beitragsfestsetzung. Der „Solidarität“ als Informations- und Bildungsorgan ist gebührende Beachtung zu widmen. Kollege Herrmann begrüßte die Beitragserhöhung als Mittel zu weiteren Erfolgen und erblickt in der zu erwartenden Festigung der Verbandstasse das Fundament für die kommenden Kämpfe, welche durch die arbeiterfeindliche Politik der Reichsregierung hauptsächlich momentan auf dem Gebiete des Zollwens notwendig werden. Gauassessor Kollege Schaefer-König unterzog das Problem Berufs- und Industrieverband eingehender Betrachtung, zu der Folgerung kommend, daß nur die gegenwärtige Organisationsform vorläufig in Frage komme. Als Kassenschmann erstellte er den Dortmund-Funktionären allerlei Ratsschläge. Verschiedene Erfahrungen aus der Kölner Disziplinierung werden als Anregungen demnach Beachtung finden. Kollege Stempel sprach über Agitation und Beitragserhöhung. Verschiedene Vorkommnisse in Dortmund lassen den Wert der streifen Organisation ausgeprägter hervortreten. Die Beitragserhöhungen müssen reibungslos durchgeführt werden. Die Arbeit der Funktionäre muß eine härtere Unterföhrung durch die Mitgliedschaft erfahren. Zur praktischen Mitarbeit sind alle Mitglieder willkommen. Nach einem Schlußwort des Kollegen Kief ging man zum gemühtlichen Teil über.

München. Am Dienstag, den 21. Juli 1925, fand in den Colosseums-Bierhallen eine außerordentliche Generalversammlung statt.

Kollege Behmeier erstattete Bericht über den Verbandstag und gab den Anwesenden ein anschauliches Bild von den Arbeiten und Beschäftigten der Verbandsgeneralversammlung. Nach nie stand ein Verbandstag auf dieser Höhe, alle Delegierten waren sich dessen bewußt und bestrebt, nur fruchtbringende Arbeit zu leisten im Interesse der Gesamt-

kollegenchaft, damit den kommenden Dingen getroffenen Entscheidegenen werden kann. Auch die Hamburger Zahlstelle hatte alles aufgegeben, um den anwesenden Delegierten die Arbeit zu erleichtern. Der Bericht wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen. — Die Festsetzung des Ortsbeitrages wurde mit großer Mehrheit wie folgt beschlossen: Es zahlen alle Hilfsarbeiterinnen 10 Pf., alle Einlegerinnen 20 Pf., alle Hilfsarbeiter unter 21 Jahre 20 Pf., alle Hilfsarbeiter über 21 Jahre 30 Pf. je Woche Ortszuschlag.

Als Beiratsmitglied wurde Kollege Schmid, nachdem ein weiterer Vorschlag gemacht worden war, einstimmig von der Zahlstelle München gewählt und als dessen Stellvertreter Kollege Adolf Gerstmeier. Zu Vertretern im Gewerkschaftsverein wurden die Kollegin Auenhammer und Kollege Gerstmeier wieder, die Kollegin Feichter und Kollege Herdgen neu gewählt. — Unter Berücksichtigung der beabsichtigten Kollege Bauer über die Abhaltung eines Gewerkschaftsfestes seitens des Kartells, welches dieses Jahr in größerem Stile gefeiert werden soll und bei verhältnismäßig billigen Eintritt und bei Darbietungen und Bewilligungen aller Art bringen wird. Der Beifall bewies, daß unsere Mitglieder sich zahlreich an diesem Gewerkschaftsfest beteiligen werden, um nach angestrengter Arbeit einige fröhliche Stunden unter Gleichgesinnten zu verbringen. — Gegen den im Reichstag vorliegenden Zollwucher und das Steuerrecht protestierte die Versammlung und brachte ihren Unwillen in nachstehender einstimmig angenommener Entschlieung zum Ausdruck:

Entschlieung.

Die außerordentliche Generalversammlung erhebt den schärfsten Protest gegen Zollwucher und Steuerunrecht der Reichsregierung.

Die bisherige direkte und indirekte Steuerbelastung der breiten Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger ist bereits auf das Unerträglichste gestiegen und hat Leben und Gesundheit des Volkes zerstört. Die Einführung der geplanten Steuern und Zölle, die sich als reine Kopfsteuer auswirken und die ungerechteste Art der Besteuerung darstellen, weil sie gerade die ärmsten Familien und geringsten Einkommen am härtesten treffen, muß zum vollständigen Zusammenbruch der Lebensmöglichkeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen. Dadurch ist aber auch der Wiederaufstieg des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft unmöglich gemacht.

Die Versammlung warnt die bayerische und deutsche Regierung vor diesem verhängnisvollen Schritt, der nur einem ganz kleinen Kreis von Besitzenden neue Gewinne zuschickt, für die breiten Massen des Volkes aber weitere Unterernährung, Siechtum und Tod mit sich bringt. Sie sagt der Ausbeutung der Regierung, Großindustrie und Großagrarier den erbitterten Kampf im Rahmen der freien Gewerkschaftsbewegung an.

Stuttgart. Am Montag, den 20. Juli, war der Stuttgarter Kollegenchaft Gelegenheit gegeben, zu dem Verlauf und zu den Beschlüssen des Hamburger Verbandstages Stellung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Kollege Werner den Kollegen Max Bauer, welcher nach achtmonatiger Unterföhrung zum ersten Male wieder unter uns weilte, wobei der Wunsch ausdresend, daß die bevorstehende Verhandlung ihm einen Freispruch bringen möge. Ferner begrüßte Kollege Werner die beiden an der heutigen Versammlung teilnehmenden Schriftführerkollegen Billig und Heß. Kollege Bauer dankte in bewegten Worten für den Willkommengruß und sprach auch namens seiner Frau den Mitgliedern der Zahlstelle Stuttgart den herzlichsten Dank für die während seiner langen Haft zuteilgewordenen finanziellen Unterföhrung aus. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen beschloß die Versammlung einstimmig, den im Zustand befindlichen Schriftführerkollegen und Kolleginnen eine einmalige Extraunterföhrung von 6 Mt., soweit dieselben weniger als 52 Wochenbeiträge bezahlt haben, und von 10 Mt. für alle übrigen aus der Volltasse zu bewilligen. — In die Bericht-erstattung über den Hamburger Verbandstag teilten sich die Kollegin Schilling und der Kollege Werner. Kollegin Schilling berichtete über den geschäftlichen Gang der Tagung und gab der Versammlung ein Bild über die Gastfreundschaft, welche der Verbandstag seitens der Hamburger Kollegenchaft erfahren hat. Es herrschte darüber nur eine Meinung — uneingeschränktes Lob! Ueber den sonstigen Verlauf und die Beschlüsse berichtete Kollege Werner in längerer Ausführungen. (Da in der „Solidarität“ seitens der Redaktion bereits ein Bericht über die Beschlüsse des Verbandstages erschienen ist, so sind nähere Ausführungen darüber an dieser Stelle unnötig.)

In der Diskussion über die Berichte äußerte sich zuerst Kollege Otto Kail. Er bemängelte die vielen Klassen in der Beitragsfrage. Kollege Bauer machte längere Ausführungen über die Industrieerbandsfrage und hätte gewünscht, daß der Verbandstag eine bestimmte Stellung aus wie geschieden angenommen hätte. Auch gefallen ihm einige Statutenänderungen, die sich, wie er ausführte, gegen die Kommunisten richteten, nicht. Ebenso hätte er gewünscht, daß die drei ausgeschlossenen Kollegen, die sich an den Verbandstag gewandt hatten, wieder aufgenommen worden wären.

Kollege Roserte äußerte sich zur Beitragsfrage und unterbreitete der Versammlung Vorschläge, die dahin gehen, daß in Stuttgart von den jetzt vorhandenen acht Beitragsklassen nur fünf Klassen geführt werden sollen. Unser jetziger Beitrag von 10 und 20 Pf. soll bestehen bleiben. Als Gegenleistung soll ab 1. September 1925 die Sterbefürterunterföhrung wieder eingeführt werden. In seinem Schlußwort widerlegte Kollege Werner alle gemachten Einwände und erklärte sich mit den Vorschlägen zur Beitragsfrage und mit der Wiedereinführung der Sterbefürterunterföhrung einverstanden. — Die Versammlung beschloß einstimmig demgemäß. — Gegen eine Stimme wurde dann eine Entschlieung angenommen, in der es heißt, daß die Versammlung den Bericht der Delegierten über den Verlauf des Hamburger Verbandstages mit Freubiegung entgegennimmt und sich mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden erklärt. Die Versammlung werden für die Beschlüsse nach besten Kräften eintreten und für ihre restlose Durchführung im Interesse der gesamten Kollegenchaft besorgt sein.

Unter Berücksichtigung wurde eine weitere Entschlieung mit folgendem Wortlaut einstimmig angenommen: Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung der

graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Stuttgarts protestiert ganz entschieden gegen die von der Reichsregierung vorgelegte Anmeltevorgabe, durch die nur ein verschwindend kleiner Teil der proletarischen politischen Gefangenen betroffen wird und richtet an die Arbeiterparteien und den DGB, das bringende Verlangen, nichts zu unterlassen, um eine Generalamnestie aller proletarischen politischen Gefangenen zu erreichen.

Damit war die Tagesordnung der gut verlaufenen Versammlung erschöpft. Der Besuch der Versammlung hätte angelehrt der alle Mitglieder interessierenden Tagesordnung ein besserer sein können. In Zukunft werden wir die Geschäfte, in denen die notorischen Versammlungsschwänger sich befinden, betanigen.

Literatur.

Die Gesellschaft. Internationale Zeitschrift für Sozialismus und Politik herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding (Verlag J. F. B. Dieckhoff, Berlin SW. 68.) Vierteljährlich 3,60 Mt., Einzelheft 1,20 Mt. — Aus dem reichhaltigen Inhalt der Nummer 7 heben wir hervor: Hermann Wobley: „Das südafrikanische Staatsproblem“. Prof. Dr. Carl Rilling: „Der Sozialismus und die Kulturunterschiede“. Bürgermeister Bruno Doh: „Handbemerkungen zur Reichsreform“. Dr. Hans Schlegel: „Die Fiktion des Gemeinrechts“. Dr. Georg Meißner: „Die Geschichte des deutschen Arbeiterpolitiker der Weimarerzeit“. Das neue Heft enthält noch eine Reihe wissenschaftlicher Aufsätze. Die „Gesellschaft“ erscheint monatlich. Sie ist zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postamt oder durch Bestellung auf Postkarte direkt vom Verlag J. F. B. Dieckhoff, Berlin SW. 68.

Wärrerische Reichsanzeigung. Die Nummer 28 bringt wieder ein reiches interjantes Material und Aufsätze aus verschiedenen Wissensgebieten, eine gut illustrierte Abhandlung über den Krieg in Marokko, einen Aufsatz über Religion, Bildung und Schule, einen Artikel „Panuropa“, eine reich illustrierte, kulturhistorische Abhandlung „Der deutsche Holland“ und einen Aufsatz über Stellung aus Genot mit vielen Bildbeispielen. Drei weitere Aufsätze lassen auch den Bumer auf seine Beachtung kommen. Die „Wärrerische Reichsanzeigung“ ist das Blatt aller Republikaner und Sozialisten Nummer 20 Pf. Jede einzige republikanische Zeitung im Haus der Schaffenden ist ein Schlag gegen die Reaktion!

Die Gemeinde. Die kommunalpolitische Halbmonatsschrift für alle sozialistischen Gemeindevertreter und Gemeindefunktionäre. Monatlich 60 Pf. Heft 13 enthält folgende Aufsätze: Von der Reichsreformordnung zur Reichsdemokratie. Von Dr. Carl Dora Spanning. Die kommunale Selbstverwaltung des Gemeinrechts. Einmalig. Die Förderung des Wohnungsbaus durch die Arbeiterregierung in England. Von Regierungspräsident Krüger, Altona. Der Sparfassen-vorstand. Von W. Schimmel. Inwieweit können die Kommunen durch Reichsteuern befreit werden? Von Bürgermeister Dr. Schürmann, Schiller-Bezirk. Das hauswirtschaftliche Selbstgefühl und die Ausbildung der Jungmädchen. Von Hilger, Wobley. Leipzig. Schulgesundheitswesen und Privat Schulen. Von Dr. Alfred Kersch, Berlin. Außerdem enthält das Heft zahlreiche Notizen aus der Reichsprägung, Verwaltung und aus der kommunalen Praxis in Städten und Gemeinden.

Die Schiffsstände der deutschen Wirtschaftspolitik. Unter diesem Titel hat der Verlag J. F. B. Dieckhoff, Berlin das Werk herausgegeben, das die hauswirtschaftliche Selbstgefühl und die Ausbildung der Jungmädchen. Von Hilger, Wobley. Leipzig. Schulgesundheitswesen und Privat Schulen. Von Dr. Alfred Kersch, Berlin. Außerdem enthält das Heft zahlreiche Notizen aus der Reichsprägung, Verwaltung und aus der kommunalen Praxis in Städten und Gemeinden.

Abrechnungen.

In der Woche vom 20. bis 25. Juli ging die Abrechnung des zweiten Quartals vom Gau 4a (Münsterberg) bei der Hauptkasse ein. In derselben Zeit kamen von Bielefeld (Gau 9) 500 Mt. und von Hannover (Gau 9) 2900 Mt. hier an.

Berlin, den 25. Juli 1925.

Heinrich Rodahl.

Für die Woche vom 3. bis 8. August ist die Beitragsmarke in das mit 32 bezichnete Feld des Mitgliedsbuchs oder der Karte zu kleben.

Inserem lieben Kollegen Karl Reihmann und seiner Ehefrau die besten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. Der Vorstand und die Mitgliedschaft der Zahlstelle Breslau.

Unserer lieben Kollegin Eilfriede Schmidt nebst Bedakum die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur stattgefundenen Vermählung. Zahlstelle Breslau.

Unserem langjährigen Funktionär und Vorstandsmittglied Otto Koyland (Spamerische Buchdruckerei) zu seinem 25jährigen Berufs- und Geschäftsjubiläum die besten Wünsche! Gau Leipzig.

Unserem Mitglied, dem Steinschleifer Heinrich Kießig (G. G. Röder) zu seiner 25jährigen Organisationszugehörigkeit die besten Wünsche! Gau Leipzig.

Zahlstelle Köln am Rhein.

Sonntag, den 9. August 1925, nachmittags 3 1/2 Uhr beginnend auf Schebens Wiese im Königsforst

Waldfest

verbunden mit der Weihe eines Wimpels für unsere graphische Jugend Köln. Realisationen, Vorföhrung von Volkstänzen, Konzert, Soils, Spiele für Jung und alt. — Ab 7 Uhr abends im Saale zu Refraih gemütliche Unterhaltung und Tanz unter Mitwirkung von hervorragenden Kräften sowie erstklassiger Musik.

Programm im Vorverkauf 20 Pf.

Teilnehmergeböhr 30 Pf.

Bei unangünstiger Witterung wird das Barometer auf Heller gestellt und das Fest im Refraih Saale abgehalten. — Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Verantwortlich für den Inhalt: A. Schulz, Charlottenburg, Reichsstraße 16. Fernruf: Amt Bismarck 1224. Verleger: Charlottenburg. — Druck: Bornkris-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.